

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

64. Jahrgang

Berlin, den 19. Juni 1926

Nummer 48

Zum Verbandstag in Berlin

Am 21. Juni wird der dreizehnte ordentliche Verbandstag unserer Organisation im Berliner Gewerkschaftshaus eröffnet. Dreieinhalb Jahrzehnte sind vergangen seit dem letzten Zusammenritt des Verbandsparlaments in der Reichshauptstadt. Zwischen dem Ein- und Jetzt beider Tagungen liegt eine Periode beispielloser Entwicklung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, aber auch ein Zeitraum, der erfüllt war von schlimmster Not und tiefstem Elend für das deutsche Volk, insbesondere für die Arbeiterklasse. Der diesmalige Tagungsort ist in geschichtlicher und organisatorischer Beziehung höchst bedeutungsvoll. Von Anbeginn wurde von den Buchdruckern Berlins, dieser Stadt alter gewerkschaftlicher Überlieferungen und härtester Kämpfe um die Arbeiterrechte, das Wollen und Wirken unserer Zentralorganisation als gemeinsame Sache betrachtet und hochgehalten. Eine Unsumme zäher gewerkschaftlicher Kleinarbeit ist hier Jahrzehnte hindurch geleistet worden, ehe das Kraftzentrum entstand, das der Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer mit seinen 13700 Mitgliedern heute darstellt. Seit dem Jahre 1888 befindet sich der Sitz des Verbandsvorstandes in Berlin, wohin er von Stuttgart aus verlegt wurde.

Unwillkürlich ruft der Zusammenritt des diesjährigen Verbandstages Erinnerungen wach an Emil Döblin, der als Verbandsvorsitzender während dreier Jahrzehnte unsere Verbandstage meisterhaft leitete, sowie an Albert Massini, den unvergesslichen Berliner Bauvorsteher, und alle die andern Kollegen, die dem Organisationsleben Berlins den Stempel ihrer markanten Persönlichkeit aufprägten. In der Zentralleitung des Verbandes, der Stelle, wo die Fäden des regen Organisationslebens der Buchdrucker aus dem ganzen Reich zusammenlaufen, arbeiten seit Jahrzehnten die Besten aus der Berliner Kollegenschaft neben den Zentralvorsitzenden der sämtlichen Sparten pflichteifrig mit am Gedeihen des Ganzen und stellen so ihr Wissen und Können in den Dienst der gesamten deutschen Kollegenschaft.

All diese Erwägungen boten dem Hamburger Verbandstage Anlaß zu dem Beschluß, den im Jahre des 60-jährigen Bestehens des Verbandes fälligen ordentlichen Verbandstag in Berlin stattfinden zu lassen. Singu kommt noch, daß in diesem Jahre der imposante Bau unseres Verbandshauses seiner Vollendung zugeführt werden konnte. Ein Denkmal intensiver Gewerkschaftstätigkeit und rüstigen Aufstiegs! Dadurch erst war es möglich, Verbandsleitung, „Korrespondent“, Redaktion und Bildungsverband an einer Wirkungsstätte zu vereinen und so eine zweckmäßige, kraft- und geldersparende Zentralisation auch im inneren Organisationsapparat durchzuführen.

Singesehen auf die Entwicklung des Verbandes, steht der Berliner Verbandstag unter einem glücklichen Stern. Die schweren Schläge der Krieges- und Nachkriegszeit sind überraschend schnell überwunden. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist, trotz der vielen Kriegesopfer aus unsern Reihen und der Mitgliederverluste durch Abtrennung von Gebietsanteilen Deutschlands, heute beträchtlich höher als in der Vorkriegszeit. Sie beläuft sich auf rund 80000. Hand in Hand mit der Mitgliederzunahme ist das Verbandsvermögen wieder in stetiger Zunahme begriffen, das in der Inflationszeit bis auf die Sachwerte zusammenschmolzen war. Rüstige Wideraufbauarbeit wird im ganzen Verbandsbereich geleistet, und moralische sowie wirtschaftliche Machtwirkungen beginnen sich wieder auf allen Organisationsgebieten zu zeigen. Die Tagesordnung des Verbandstages weist 15 Punkte auf, und die Zahl der dazu vorliegenden Anträge beläuft sich auf 328. Gewiß ein Beweis für das rege pulsierende Verbandsleben und für das Interesse, das die Mitglieder den Beratungen des Verbandsparlaments entgegenbringen. Die Art der Anträge läßt erkennen, in welcher Richtung sich die Wünsche der Mitglieder in der Hauptsache bewegen. Nicht weniger als 189 Anträge beziehen sich auf Abänderungen der Satzungen sowie der Bestimmungen über das Unterstufungswesen, und 133 davon betreffen ausschließlich Unterstufungsfragen. Im Vordergrund steht das Verlangen nach einer Ausgestaltung der sozialen

Unterstützungen, unter besonderer Berücksichtigung der Invalidenunterstützung. Der Verbandstag wird zu prüfen haben, inwieweit eine Erhöhung der Unterstützungssätze eintreten kann, ohne finanzielle Rückschläge befürchten zu müssen, um so mehr, als es an Anträgen nicht fehlt, die eine Beitrags-erhöhung rundweg ablehnen.

Da grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Verbandes nicht bestehen, dürften unsern Berliner Verbandstag Streitfragen von überragender Bedeutung kaum beschäftigen. Es sei denn, daß es bei der Beratung eines von Leipzig gestellten Antrages, der die Aufhebung aller Beitrags- und Unterstützungseinrichtungen der Bau-, Bezirks-, Orts- und Spartenvereine, die Schaffung eines Einheitsbeitrags und einheitlicher Unterstützungssätze sowie die Finanzierung der vorgenannten Vereine durch die Verbandskasse verlangt, zu einer Aufrollung interessanter problemhafter Organisationsfragen kommt. Unter den sechs Anträgen, die den Industrieverband betreffen, kommt dem Antrag Hamburg hervorragende Bedeutung zu. Dieser bedeutet indes nur eine Erweiterung eines vom Hamburger Verbandstag bereits angenommenen Antrages Berlin. Nachdem der vorjährige Gewerkschaftskongress in der Industrieverbandsfrage über ein Kompromiß nicht hinausgelangt ist, wird auch unser Verbandstag nicht mehr tun können, als die Zielrichtung zur zukünftigen Organisationsform von neuem gutzuheißen. Zu positiven Beschlüssen dürfte es in der Industrieverbandsfrage noch nicht kommen. Auch fernerhin wird für die Schlagfertigkeit und Stoßkraft unserer Berufsorganisation alles von der Tüchtigkeit, dem gewerkschaftlichen Geist und der Opferwilligkeit der Mitglieder abhängen.

Eine Reihe süddeutscher Mitgliedschaften will den Verbandsvorstand beauftragt wissen, beim ADGB für eine Verbesserung des Unterstufungswesens in allen Verbänden einzutreten, um den Verbänden als Kampforganisationen auch die Kämpfer zuzuführen und zu erhalten. In sonstigen Anträgen wird ein umfassender Um- und Ausbau der Sozialgesetzgebung und des Arbeitsrechts verlangt, ferner aber auch die Schaffung einer Einheitsfront durch die Gewerkschaften, um die Arbeiterschaft einer besseren Lebenshaltung und letzten Endes der Gemeinwirtschaft entgegenzuführen zu können.

Dem bevorstehenden Verbandstag liegt kein Antrag vor, in dem ein Mißtrauensvotum gegen den Verbandsvorstand oder die „Korrespondent“-Redaktion zu erblicken wäre. In dieser Tatsache liegt eine Gewähr mehr dafür, daß unser Berliner Verbandstag ein imponierendes Bild der Einigkeit und Geschlossenheit bieten wird. Sein geistiger Höhepunkt dürfte mit dem Vortrag des Herrn Professors Dr. Singheimer von der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. über „Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Arbeitsvertrages“ erreicht werden. Manches Wertvolle, was im heutigen kollektiven Arbeitsrecht verankert liegt, ist zweifellos auf die von den Buchdruckern geleistete Vorarbeit auf dem Tarifgebiet zurückzuführen.

Nichts von alledem, wessen wir uns heute an organisatorischen Errungenschaften zu erfreuen haben, ist das Produkt der Arbeit einer Generation, sondern das Resultat, die Frucht der 60-jährigen Wirksamkeit des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Welche Fülle von Gestalten und Geschicknissen erstreckt bei einem Rückblick auf diese geschichtlich bedeutsame Zeitspanne vor unserm geistigen Auge! Dank gebührt allen, die am Steuerruder der Organisation gestanden; Dank aber auch allen Mitgliedern, die durch Treue und Pflichtbewußtsein die Grundpfeiler des Verbandes stützen halfen und trotz schwerer persönlicher Opfer nicht müde wurden, an seinem Aufbau mitzuarbeiten. Kampf wird auch der Zukunft Lösung sein! Im Kampfe ums Dasein, um die Wirtschaft erschöpft sich der Pflichtenkreis der Alten wie der Jungen, wächst ein neues Geschlecht heran, dem wir den Aufstieg erleichtern müssen zu der Größe der Aufgabe, die seiner harret. Mögen die Beschlüsse des Berliner Verbandstages die weitere Entwicklung unserer stolzen Organisation kraftvoll fördern. Glückauf zur Tat! Karl Gehmbolt.

Aus der Geschichte des Berliner Buchdrucker- und Schriftgießervereins

Zum vierten Male tritt das deutsche Buchdruckerparlament in der Hauptstadt des Deutschen Reiches zusammen, um über das Geschick unserer Organisation und deren weitere Ausgestaltung in erster Arbeit zu beraten. Berlins Buchdrucker empfangen alle Teilnehmer an dem Verbandstag mit herzlichem Willkommen und froher Zuversicht auf gedeihliche Arbeit im Interesse der Gesamtorganisation. Aus diesem Anlaß lassen wir einen gebrängten Überblick über die geschichtliche Entwicklung des Vereins und dessen Wirken folgen.

Bereits im Jahre 1868 konnte Berlin den (zweiten) Verbandstag in seinen Mauern beherbergen. 14 Jahre später (1882) war Berlin wieder Tagungs-ort der Generalversammlung des Verbandes, und nach einem knappen Jahrzehnt (1891) konnte Berlin zum dritten Male die Abgeordneten unserer Organisation bei sich aufnehmen. Danach trat eine größere Pause ein, in welcher unser Parlament seinen Kundgang durch fast alle Gauen machte. Nach einem Zeitraum von 35 Jahren wählte die Hamburger Generalversammlung Berlin wiederum zum Tagungsort, und zwar zum vierten Male! Hier, in der größten Druckstadt des Deutschen Reiches, in der der fünfte Teil der Gesamtmitgliedschaft des Verbandes sein Domizil hat, findet die 25. Verbandstagung und gleichzeitig das 60-jährige Jubiläum des Verbandes als buchdruckerliche Familienfeier statt. Dieses Doppelfest unserer Organisation verkörpert eine Unmenge kulturellen und zivilisatorischen Geschehens in der Geschichte einer Arbeiterorganisation. Und darum ist Berlins Kollegenschaft stolz auf diese Tagung in ihren Mauern!

Berlins berufsgeschichtliche Entwicklung sowohl als auch seine wirtschaftliche Gestaltung und Ausdehnung bildet ein fortgesetztes Aufwärtstreben und Emporkommen. Einmal ein wendisches Fischerdorf von recht bescheidener Größe, wandelte es sich seit seiner Stadterhebung im Jahre 1232 bis zu einer jetzt über vier Millionen betragenden Einwohnerchaft.

Berlin wird von einem Gürtel von 60 Vororten umzogen und bildet nunmehr eine Einheitsgemeinde, die aus 20 Verwaltungsbezirken mit je einem Bürgermeister besteht. An der Spitze steht ein Oberbürgermeister sowie der Magistrat von Groß-Berlin. Etwa 6000 Straßen und 250 Plätze, die zu einem erheblichen Teile schön und ausgedehnte Anlagen darstellen, bilden das Merkmal einer Millionenstadt.

Der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend gestaltete sich auch das kulturelle Leben so stark beeinflussende Buchdruckgewerbe sowie die hieraus resultierende Gehilfenorganisation. Der Gedanke des organisatorischen Zusammenschlusses war in Berlin schon sehr zeitig rege. Die Spuren reichen bis zum Jahre 1781 zurück.

Die politische bewegte Zeit des Jahres 1848 mit den propagierten freiheitlichen Tendenzen bei der allgemeinen Arbeiterschaft bewirkte auch unter den Berliner Kollegen eine demgemäße Einstellung und entfachte in demselben Jahre den ersten größeren Ausstand. Es wurde die Forderung einer 50-prozentigen Lohnenerhöhung gestellt. An dem sich entwickelnden Kampfe nahmen 400 von 600 Gehilfen teil, wobei auch eine größere Anzahl Lehrlinge mitmachten. Wegen Mangels an Mitteln wurde der Kampf nach vier Wochen eingestellt. Der hochintelligente, erst 23 Jahre zählende Seiger Stephan Born schwang sich zum Führer dieser Bewegung auf. Die revolutionäre Einstellung dieses auch in der übrigen Arbeiterschaft vortrefflich bekannte, gewordenen Mannes löste den ganzen Haß der Reaktion aus und veranlaßte schließlich Borns Flucht. Sein von der Berliner Kollegenschaft gestiftetes Bild hängt im bescheidenen Rahmen auf dem Bureau des Berliner Vereins. Borns umfangreiches Wissen verschaffte ihm später eine Universitätsprofessur in der Schweiz.

Das Fehlschlagen der Bewegung und die nach 1848 einsetzende Reaktion wirkten hemmend auf die allgemeine Arbeiterschaft. Das Koalitionsverbot mit seinen harten gesetzlichen Bestimmungen sowie der herrschende „Zwangsjackentanz“ beeinflussten in starkem Maße die Bewegungsfreiheit des produktiv schaffenden Volksteils. Erst im Jahre 1859 trat eine Wendung zum Besseren ein und bewirkte in den folgenden Jahren Vereinsgründungen an vielen Orten des Reiches.

In Berlin erfolgte die Vereinsgründung unter dem Namen „Buchdrucker-Gehilfen-Verein“ am 2. Dezember 1862 von 53 Kollegen. Als wöchentliches Beitrag wurde 1 Silbergröschchen erhoben.

Demgegenüber mutet uns der vom Verbandsvorstand am 11. November 1923 während der Inflationszeit festgesetzte Beitrag von 100 Milliarden Mark geradezu als grotesk an. Eine sowohl heute, nach überwundener Inflation, wie auch in der späteren Geschichte schwer zu erfassende Auswirkung der Folgeerscheinungen eines hoffentlich nie wiederkehrenden Weltkrieges.

Das junge Reis faßte bald Wurzel und entwickelte sich zu einem lebensfräftigen Baum. Als im Juli 1868 die Schriftgießer einen Verein gründeten und sich den Buchdruckern anschlossen, änderte der „Berliner Buchdrucker-Gehilfen-Verein“ im Jahre 1869 seinen Namen um in „Verein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer“. Die Mitgliederzahl wurde größer, und der Verein vermochte Jahr für Jahr mit seinen werbenden Ideen fast reiflos

die Berliner Buchdrucker und Schriftgießer zu erfassen. Seine geistigen Direktiven erhielt der Verein in starkem Maße durch vielfache Vorträge akademisch geschulter Kräfte. Als besonderer Freund und Förderer der Buchdruckerorganisation kann Wilhelm Liebknecht angesprochen werden. Er wirkte mit besonderem Eifer für den Verein durch seine äußerst instruktiven Vorträge und war stets eine große Anziehungskraft in allen Versammlungen. Liebknecht und seine Familie waren stets gern und oft gesehene Gäste bei den Veranstaltungen des Vereins. Bei seiner im Juni 1865 erfolgten Ausweisung aus Berlin und dem preussischen Staatsgebiete überreichte ihm der Verein ein Ehrengeschenk von 100 Talern.

Die ersten Regungen des jungen Vereins waren vorsichtig tastende Versuche zur Verbesserung der Existenzverhältnisse. Da das Koalitionsverbot mit seinen schweren Abhängungen von Verstößen gegen die gesetzlichen Bestimmungen hindernd im Wege stand, war der Verein in erster Linie darauf bedacht, zur Aufhebung des Koalitionsverbots sein möglichstes beizutragen. 1864 wurden mit Macht die ersten Schritte hierzu eingeleitet. Im selben Jahre gelang es, etliche materielle Vorteile zu erreichen und die Versuche, die Leiter der Bewegung zu maßregeln, abzuschlagen. 1865 brachte den Abschluß eines Tarifs mit einer 20prozentigen Lohnenerhöhung.

Infolge des 1868 auf dem zweiten Buchdruckerstage in Berlin gefaßten Beschlusses auf Aufhebung der Sonntagsarbeit kam es dann zu heftigen, aber erfolgreichen Kämpfen. Die Buchdrucker wurden zu Reaktionsären gestempelt, die der zeitunglesenden Welt es verwehren wollten, sich über die Tagesereignisse zu unterrichten.

Als Folgeerscheinung der überall im Reiche erfolgten Vereinsgründungen entstand der Gedanke der zentralen Organisationsbildung. Zu den Teilnehmern an dem Pfingsten 1866 in Leipzig abgehaltenen „Ersten Vereinstag der deutschen Buchdrucker“ gehörte auch der Berliner Verein. Das Jahr 1869 brachte endlich die Verwirklichung des lange jah verfochtenen Gedankens: die Aufhebung des Koalitionsverbots! Der die Koalition betreffende Paragraph hatte folgende Fassung: „Alle Strafbestimmungen gegen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wegen Erlangung gütlicher Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Arbeitseinstellung und Arbeiterentlassung, werden aufgehoben. Für Bestandene bei Landwirtschaft, Ackerwirtschaft und Forstwirtschaft dauern die bezüglichlichen Landesgesetze fort.“

Der damalige „Korr.“-Redakteur Karl Heinke gedachte in einem Rückblick auf das Jahr 1865 der 1864 erfolgten vielfachen Anstrengungen des Berliner Vereins bezüglich der Beseitigung des Koalitionsverbots in sehr ehrender Weise.

Mit der endlichen Aufhebung des Koalitionsverbots war die Bahn frei geworden für die weitere Entwicklung der Arbeiterschaft. 1870 wurde die Berechnung nach dem Kleinen Alphabet, die 10stündige Arbeitszeit und die Bezahlung mit $7\frac{1}{2}$ Talern für Gehilfengeld durchgeführt, was eine wesentliche Verbesserung der bestehenden Verhältnisse bedeutete. 1872 gelang es dem Verein, eine einheitliche Kursberechnung in den Zeitungen einzuführen. 1873 wurden Normativbestimmungen für die Zeitungsetzer geschaffen. 1876 stand Berlin im Kampfe um die Erhaltung des am 30. Juni ablaufenden Normaltarifs, welchen die Prinzipale reduzieren wollten. Der seit 3 Jahren beständige Lokalausschlag sollte von $33\frac{1}{3}\%$ auf 25% herabgesetzt und auch sonstige Verschlechterungen eingeführt werden. Bereits zwei Wochen vor Ablauf des Tarifs schritt die Prinzipalität zu Massenkündigungen. 700 Kollegen wurden in den Kampf hineingezogen. Auswärtige Prinzipale mit ihren Lehrlingen trafen ein, arbeiteten bis spät in die Nacht hinein und halfen mit herangeholten Arbeitswilligen die Bewegung niederzwingen. Damit war die Herabsetzung des Lokalauslags neben anderen Verschlechterungen perfekt. Die folgenden Jahre waren von besonders erwähnenswerten Ereignissen versehen. Der 1887 ausgebrochene Streik der Zeitungsetzer wegen versuchter Reduzierung der Zeitungsbestimmungen fiel im großen und ganzen zugunsten der Gehilfen aus. Das System der „Schwarzen Listen“ spielte in dieser Zeit eine nicht unerhebliche Rolle. Die große 9-Stunden-Bewegung im Jahre 1891/92 fand Berlin im zähen Kampfe um die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden. Der so einmütig und heroisch geführte Kampf mußte jedoch aufgegeben werden infolge allzu starken Zustroms von Arbeitswilligen aus dem Auslande. Eine unerfreuliche Auswirkung dieses Kampfes war die Etablierung des Gutenbergbundes, der in den späteren Jahren sich bald hemmend bemerkbar machte. Als unsere Kollegen um das ihnen gesetzlich gewährleistete Vereinigungsrecht kämpften, war es der neugegründete Bund, der sofort deren Stellen besetzte. Ende 1892 wurden sämtliche im Umkreise von 10 Kilometern von Berlin liegenden Orte dem Gau Berlin zugeteilt. 1899 brachte einen Ausstand wegen Tarifregelung von 24 Vereinsmitgliedern. Der Gutenbergbund machte den Kausreisler und besetzte die Stellen. Die Kollegen kämpften in einer Zeit, wo durch die sogenannte Buchausvorlage die Regierung sich anschickte, die schärfsten Maßregeln gegen die deutschen Arbeiter bei Ausübung des Koalitionsrechts zu ergreifen und durchzusetzen.

Bei dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs 1900 schlossen die Berliner Kollegen einen Vertrag, der den Prinzipalen die Pflicht auferlegte, bei außerpersönlicher Arbeitsverhinderung eine Entschädigung zu zahlen (s. den jetzigen § 7 des Tarifs). Ende Februar 1904 kam es zu einem Ausstand bei einer Firma, die mit Vorliebe den tarifwidrigen Nachweis des Gutenbergbundes benutzte. 120 Personen, von der Bogenfängerin bis zum Faktor, verließen einmütig den Betrieb. 15 Gutenbergbündler sprangen sofort ein und verließen zum Teil Dauerstellungen. Am 3. März wurde die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen, und die Kausreißer mußten den Betrieb wieder verlassen. Dieser Vorfall führte zu einer Rebellion im Bunde und hatte den Übertritt zahlreicher Bündler zum Verbands in Gefolge. Der im Jahre 1918 geführte Demonstreistreik gelegentlich der Einführung der Republik führte zu einer Schadenersatzklage von zwölf Berliner Firmen und gab den Anlaß zur Aufhebung des Organisationsvertrages mit den Prinzipalen. Die Klage selbst verlief im Sande. Das Jahr 1919 sah die geschlossene Teilnahme der Berliner Kollegen an dem Generalstreik während des Kapp-Putsches trotz angebotener Todesstrafe bei Teilnahme am Streik. Der Oktober brachte einen großen Zeitungsstreik anlässlich einer Bewegung der Angestellten im Zeitungsgewerbe, und zwar wegen Abbaus der Gehälter und Löhne. Außer den Arbeiterblättern erschienen keine größeren Tageszeitungen, obwohl die Prinzipale mit einer Aussperrung großen Stils drohten. Das Jahr 1922 führte infolge der immer stärker sich auswirkenden Misere im Wirtschaftsleben zu verschiedenen Vorstößen in den Betrieben. Den Anfang machte das Personal eines großen Zeitungsbetriebes durch einen Ausstand nach Ablehnung einer gestellten Lohnerhöhung. Andere Betriebe folgten, und bald war der allgemeine Streik perfekt. Nach 11 tägiger Dauer kam ein Vergleich zustande zugunsten der Streikenden. Die zu gleicher Zeit tagende Generalversammlung in Leipzig sprach den Berliner Kollegen ihre wärmste Sympathie aus. Auch das Jahr 1923 brachte einen erbitterten Kampf um die Lebensnotwendigkeiten. Das Problem des wertbeständigen Lohnes und die Umstellung auf Goldmarkbasis stand überall im Vordergrund. Eine Funktionärversammlung lehnte das von den Zentralinstanzen anerkannte Lohnabkommen ab und setzte ein Streikkomitee ein. Eine vorher vorgenommene Urabstimmung ergab von den 9091 an der Abstimmung beteiligten Kollegen 6628 für den Streik, während die Hilfsarbeiter von 7709 Abstimmenden 7073 Stimmen für den Streik ausbrachten. Die aufgenommenen Verhandlungen erbrachten dann einen annehmbaren Vergleich. Zu gleicher Zeit waren auch Verhandlungen der Zentralinstanzen im Gange. Die wirtschaftlichen Verhältnisse verschärfte sich zusehends, und die Unzufriedenheit wuchs. Das Reichsarbeitsministerium hatte unterdessen Richtlinien herausgegeben für die Schaffung werbeständiger Löhne. Die Prinzipalität setzte sich jedoch zur Wehr und machte die Gehilfenschaft verantwortlich für die hohen Druckpreise und den Niedergang des Gewerbes. Die Öffentlichkeit wurde mobil gemacht, und es bestand die Gefahr, daß die Erregungenschaften der Berliner Bewegung wieder verloren gingen. Die weitere Folge waren Anträge auf Einführung von Goldlöhnen oder örtlichen Lohnabschlüssen. Die ganze Unternehmerpresse war darauf eingestellt, sich den gestellten Forderungen zu widersetzen. Betriebseinsparungen wurden vorgenommen und allerhand Maßnahmen zur Abwehr getroffen. Der Arbeitslosenstand hatte die Ziffer von 2846 erreicht. Der am 27. September über das ganze Reich verhängte Ausnahmezustand mit militärischer Diktatur zeitigte noch weiteren Süßstoff. Hinzukam die nicht mehr kurfähige Mark. Die Arbeiterpresse erkannte sich der besonderen Aufmerksamkeit der Behörden, und mit der Zunahme der Verbote steigerte sich die allgemeine Empörung. Ein generelles Streikverbot des Wehrkreiskommandos schürte die Erbitterung bis zur Siedehitze. Da auch die zentralen Verhandlungen ein Ergebnis nicht zeitigten, faßte eine gemeinsame Versammlung der Buchdrucker und Hilfsarbeiter den folgenden Beschlus: „Bei Nichterfüllung der Forderung von 35 Goldmark für die Woche vom 3. bis 9. November und einer Nachforderung von 10 Goldmark für die Woche bis zum 2. November die Arbeit am Sonnabend, dem 10. November, nicht aufzunehmen.“ Der vom Reichsarbeitsminister eingesetzte Schlichtungsausschuss brachte keine Einigung. Die Prinzipale lehnten den in der Nacht vom 9. zum 10. November gefällten Schiedsspruch ab. Da auch die Arbeiterschaft den inzwischen für verbindlich erklärten Schiedsspruch ablehnte, war der Streik die unvermeidliche Folge. Die Arbeit ruhte vollständig. Am 11. November erließ der Befehlshaber des Wehrkreises III eine Verordnung folgenden Inhalts: „Für die Dauer des gegenwärtigen Notstandes wird den Angestellten und Arbeitern aller mit der Herstellung von Banknoten und Wertzeichen befaßten Unternehmen verboten: Jede Verweigerung auch solcher Arbeiten, die außerhalb ihrer tariflichen Verpflichtungen liegen und von der Betriebsleitung als zwingend notwendig für die Aufrechterhaltung des Betriebes erachtet werden. Zuwiderhandlungen werden — unabhängig von sofortiger Entlassung — gemäß § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 bestraft.“ Die Reichsdruckerei wurde als lebenswichtiger Betrieb erklärt. Die Prinzipale ihrerseits veröffentlichten einen Ukas, der von Kontraktbruch usw. sprach. Versuche des Arbeitsministers, den Streik beizulegen, waren erfolglos. Nun hatten sich alle Instanzen gegen die Streikenden verschworen. Die Versammlungen versieten der Auflösung durch Militär. Die Vorsitzenden der



am Streik beteiligten Organisationen wurden, soweit man ihrer habhaft werden konnte, verhaftet, unter ihnen befand sich auch der Gauvorsitzer Kollege Braun. Ebenso wurde eine Reihe von Betriebsräten als „Rädelsführer“ festgenommen; die Flugblattverteiler erlitten das gleiche Schicksal. In der Reichsdruckerei verrichtete die Technische Nothilfe ihre vielgesuchte Arbeit. Unter diesen Umständen war die im heroischen Widerstand nunmehr erlahmende Kollegenschaft der eingezogenen Übermacht von Kapitals-, Staats- und Militärgewalt nicht mehr gewachsen. Am Donnerstag spätabends wurde die Einstellung des Kampfes beschlossen dahingehend, am Freitag, dem 16. November, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Nacht der Unternehmer war eine ungezügelt: 4000 Kollegen blieben ausgesperrt, die Zahl der Arbeitslosen nach dem Streik bezifferte sich auf rund 6500, das war die Hälfte aller unserer Mitglieder. Unter den auf der Strecke gebliebenen Kollegen befanden sich fast restlos alle Vertrauenspersonen, die bis zur letzten Stunde mannhaft für die Interessen ihrer Kollegen eingetreten waren.

Der Vollständigkeit halber wollen wir noch mit einigen kurzen Strichen der Leiter des Berliner Gaus gedenken. Von 1862 bis zum heutigen Tage hat der Berliner Verein 22 Vorsitzende aufzuweisen, ein ziemlich starker Verbrauch von Kräften. Diese Tatsache findet in dem Umstande ihre Erklärung, daß lange Jahre hindurch die Vereinsgeschäfte nebenamtlich geführt wurden. Als Leiter des Vereins sind zu nennen: Brems, Ostertag, Meyer, Kerkes, Pape, Hornberg, Lehmer, Milke, Belter, Dachs, Kaufmann, Lehmann, Lisofski, Coffier. Von den weiteren der Allgemeinheit bekannt gewordenen Kollegen sind zu nennen: Gustav Eifler, der lange Jahre amtierende Hauptkassierer des Verbandes, der 1884 den Vorsitz innehatte. Neben ihm amtierende Kollege L. S. Giesecke als zweiter Vorsitzender, bekannt geworden hauptsächlich durch seine Tätigkeit als Gehilfenvorsitzender im Tarifamt. Dem ersten folgte im Amt der leider zu früh verchiedene Kollege Emil Döblin, der 1887 von den Berliner Kollegen nach seiner Maßregelung als Vertrauensmann zu ihrem Führer gewählt wurde. Kollege Döblin hat seine starke Führerpersönlichkeit während der Dauer seiner langjährigen Tätigkeit als Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in den schwierigsten Zeiten dargelegt. Nach ihm folgten Th. Zucht, der langjährige Vorsitzende der Berliner Typographia, und Ph. Schmitt. Weiter folgte Kollege Albert Faber, der sich während seiner Tätigkeit als Gehilfenvorsitzender im Tarifamt große Verdienste um die Allgemeinheit erworben hat. Inzwischen hatte sich ein Mann bemerkbar gemacht, der durch Temperament, Energie und Tatkraft sehr bald die Aufmerksamkeit der Kollegen auf sich zog; Albert Nassini. Er hat es verstanden, sich überall durchzusetzen. Er war einer der am längsten amtierenden Vorsitzenden und genoss allseitige Achtung und Vertrauen. 29 Jahre hindurch behauptete er seinen Platz. Seine große rhetorische Begabung, sein leidenschaftliches Temperament sicherten ihm sowohl bei den Prinzipalen wie bei den Gehilfen Achtung und Anerkennung. Auch in kollegialer Beziehung war sein goldiger Humor geschätzt. Im Alter von 67 Jahren mußte auch er der Majestät des Todes seinen Tribut zollen. Bei seinem Zurücktreten vom Amt ernannte ihn die Berliner Kollegenschaft zu ihrem Ehrenvorsitzenden. Ein schlichter Grabstein auf dem Friedhofe in Wilmersdorf zeugt von der Dankbarkeit der Kollegen für sein langjähriges Wirken. Dem Kollegen Nassini im Amt folgte der derzeit amtierende, durch seine Tätigkeit als Gehilfenvorsitzender im Tarifamt und auch anderweitig bekannt gewordene Kollege Robert Braun, dem Kollege Rudolf Albrecht, seit 20 Jahren 2. Vorsitzender, treten zur Seite steht. Von beiden ist zu hoffen, daß sie die Traditionen ihrer großen Vorgänger und den Weg zum weiteren Aufstieg des Vereins einhalten werden.

Mit der Ausdehnung des Vereins erwachsen Schwierigkeiten im Versammlungsleben infolge Mangels geeigneter Versammlungsräume, so daß im Jahre 1912 eine Reorganisation des Vereins zur Notwendigkeit wurde. Im Januar 1913 schritt man zur Einteilung des Gaus in Bezirke. Es wurden 10 Bezirke gebildet mit je einem Bezirksleiter. Ein elfter Bezirk wurde für die in erheblicher Zahl vorhandenen Nachtarbeiter eingerichtet. Die Bezirksleiter gehören dem Gauvorstand an. Allmonatlich finden Bezirksversammlungen statt, in denen die Berliner Vereinsangelegenheiten mit gleichlautender Tagesordnung zur Erledigung gelangen. Vierteljährlich findet eine Generalversammlung des Berliner Gaus statt; je nach Bedarf werden außerordentliche Generalversammlungen abgehalten. In diesen Gau-generalversammlungen haben die aus den Bezirken gewählten Delegierten Zutritt. Auf je 30 Mitglieder entfällt ein Delegierter. Die Gesamtmitgliedsziffer betrug Ende 1925: 13715.

Das geistige Wissen unserer Mitglieder vertieft unsere Vereinsbibliothek; sie wurde im Jahre 1863 gegründet und wies 300 Bände auf. Heute zählt die Bibliothek einen Bestand von rund 7000 Bänden.

Das Organisationsverhältnis der Berliner Buchdrucker gestaltet sich nach einer im vorigen Jahre aufgenommenen Statistik wie folgt: 376 Gutenbergbündlern und 420 Wilden standen 13715 Verbandsmitglieder gegenüber. Unserer Lehrlingsabteilung gehören 1381 Mitglieder an.

Wie sich das kulturelle Bedürfnis Berlins bezüglich der Erzeugnisse der Kunst Gutenbergs auswirkt, zeigt das Bestehen von Tageszeitungen neben einer Unmenge aller Berufe und Zweige umfassenden Zeitungen und Zeitschriften aus allen Gebieten des geistigen, industriellen und Wirtschaftslebens.

Berlin hat wohl verschiedene politische und gewerkschaftliche Gebilde als Karikaturen aufzuweisen, gibt jedoch im allgemeinen keinen Boden für Arbeiterorganisationen. Wenn eine solche Organisation auch im Buchdruckgewerbe dahinvegetiert, ja sogar noch eine andere, die vaterländische, so doch nur, um der guten Dinge „drei“ zu bekommen. Es kann schließlich doch nur eine Organisation einen wirklichen Bestand haben, das ist die Mutterorganisation: der Verband der Deutschen Buchdrucker! Allen andern Gebilden ist das Prognostikon zu stellen, daß ihr Eigenleben nur auf eine bestimmte Zeit eingestellt ist. Die Ursachen des Entstehens solcher aus der Art geschlagener „Organisationen“ sind letzten Endes doch nur die niemals lebensfähigen Splitter aus wirtschaftlichen Kämpfen. Der gesunde Gedanke einer wirtschaftlichen Organisation wird nie ertötet werden, mag die Situation sich jeweilig noch so



ungünstig gestalten. Der gesunde Lebenskeim ringt sich durch alle Widerstände durch und trotz allen Gewalten jeglicher Art. In dieser Beziehung dürften die Kampfsjahre 1890/91 und neben diesem Beispiel auch Berlins Wirtschaftswende im November 1923 die Güte und Kraft des zeugenden Organisationslebens bewiesen haben. Gerade das letzte Beispiel zeigt uns, daß trotz stärkster Drangsalierung der Organisation, trotz Verfemung und Brotlosmachung des gesamten Vertrauensmännerkörpers der innerlich so stark sich erwiesene Lebenskeim der Organisation nicht zu unterdrücken war. Die rund 6000 damals aus der Kampffront herausgegerzten Kollegen waren nur auf eine begrenzte Zeit „zur Disposition“ gestellt. Heute stehen sie alle wieder in Reih und Glied. Die Delegierten aus dem Reiche finden wieder eine geeinte und geschlossene Kollegenschaft vor. Paul Kuffnat.

Berlin als Druckstadt

Die Sinfonie des gewerblichen, industriellen und kommerziellen Lebens einer Millionenstadt schwingt naturgemäß in kräftigeren Akkorden als in anderen Orten. Brausend, hastend, ja teilweise überstürzend jagen sich die Ereignisse und geben dem Ganzen die Struktur. Neben rücksichtsloser Erwerbslust schwingt stilles, tiefes Geistes- und Kunstleben, neben Anreizerei starkes Können, neben Brutalität tiefes Gefühlsleben. So seltsam es klingt: All diese Harmonien und Disharmonien lösen sich ungewollt in einen einheitlichen Zug zum Großen, Gigantischen aus, befeuert von einem starken Schöpferwillen. Mögen die Motive auch ganz verschieden und das Tempo rascher als anderwärts sein, die Stosskraft bleibt trotz starker Kräftevergeudung, denn es ist ein großes Kräfteervoir vorhanden. Nicht immer ganz zilsicher, aber durch dauernde Befruchtung stets feindend und treibend werden Kräfte in Treibhauskultur ausgelöst und durch die Weltstadtmembran abgedämpft. Das, was hier allgemein gesagt worden ist, trifft naturgemäß im einzelnen auch auf die Berufsgruppen zu, und so kann man beobachten, daß das graphische Gewerbe in der Ausdrucksform anders, lauter und großzügiger als anderwärts eingestellt ist. Leipzig mit seiner harmonisch ausgeglichenen Graphik ist flüssigster Boden, während Berliner Druck-Produkte mondan und reklamehaft sind. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern, da die Ausdrucksform immer ein Produkt des Bedürfnisses sein wird. Das Plakat, die Zeitungen und Zeitschriften sind die Grundfesten und das unbestrittene Monopol Berlins. Hier stellt es seinen Mann und holt das Höchste heraus, was die nie rastende Technik in den Bereich der Möglichkeit rückt. Masse ist das Signum! Es wird deshalb im allgemeinen nur das Mittelmaß künstlerischer Ausdrucksform erreicht und auch nur angestrebt. Ganz selbstverständlich ist, daß seitens einiger Firmen großer Wert auf erstklassige Erzeugnisse gelegt und auch ein hoher Grad künstlerischen Könnens erreicht wird, der nicht überboten werden kann.



Berlin hat auch als Druckstadt eine weit zurückreichende Geschichte, die aber ebenso umstritten ist, wie die Erfindung der Buchdruckerkunst selbst. Als ältestes Druckwerk ist wahrscheinlich das „Pestregiment“ vom Jahre 1484 anzusprechen, das von Dr. Konrad Schwesermüller, dem damaligen Leibarzt des Kurfürsten Johann Cicero von Brandenburg, geschrieben worden ist. In seinem Repertorium bibliographicum führt nämlich Sain unter der Nr. 15 189 folgenden Druck auf: Swesermüllner, Conradus: Regiment wider die Pestilenz . . . In line: Gemacht und geendet zu Colen an der Sprew Anno 1484. Auf montag nach Crucis exaltationis. 4°. Über den Namen des Druckers besteht jedoch keine Klarheit; man ist lediglich auf Vermutungen und flüchtige Kombinationen angewiesen. Auch Konrad Burger hat dieses Druckwerk in seinem ersten Index zu Sain als Berliner Infimabeldruck aufgeführt, aber bereits 1902 widerrufen. O. Günther hat aber in seinem Verzeichnis der Wiegendrucke der Leipziger Sammlung den Druck Albrecht Keune in Memmingen zugesprochen, was wiederum von anderen Forschern ernstlich bestritten und argumentiert wird. Diese neigen vielmehr der Ansicht zu, daß ein Druckergehilfe aus der Werkstatt des Bartholomäus Gotthard, genau wie sein Meister, die Stadt Magdeburg wegen der drohenden Pestgefahr verlassen, sich im Weichbild des jetzigen Berlin niedergelassen und den Druck des „Pestregiments“ ausgeführt hat. Ob aus dieser Werkstatt noch weitere Drucke hervorgegangen sind, ist nicht bekannt. Ingesamt sind vom „Pestregiment“ noch drei Exemplare vorhanden, und zwar befindet sich eins in der Stadtbibliothek in Leipzig, eins in der Universitätsbibliothek in Breslau und eins in einem Sammelbande in der Universitätsbibliothek in Gießen. Es ist ein kleines Heftchen in einer einzigen, aus drei halben Bogen zusammengefügten Lage ohne Signatur. Die vollbedruckte Seite misst ungefähr 112 x 145 mm und umfaßt 42 Zeilen. Zum Druck wurden zwei Schriftarten verwendet, und zwar eine kleinere Texttype (Schwabacherart) und eine größere Auszeichnungsschrift (Gothisch), deren Majuskeln zum Teil eigenartige Formen aufweisen. Ein Titelblatt ist nicht vorhanden, ebenso fehlt jeder Schmuck und Initial.

Wenn es auch nicht Aufgabe dieses Artikels sein kann, einen restlosen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung des Berliner Buchdrucks zu

geben, so muß doch wenigstens das Notwendigste gesagt werden*. In einem 1715 in Holland gedruckten Bücherkatalog des Verlegers Wilhelm van der Meer wird u. a. auch ein Buch aufgeführt, das in niederländischer Sprache 1486 in Berlin gedruckt worden ist. Der Name des Druckers ist unbekannt, aber es wird vermutet, daß es wahrscheinlich Joachim Westphal war, der als erster Buchdrucker der Mark im Jahre 1484 zu Stendal den Sachsenpiegel in plattdeutscher Sprache druckte. Aber, wie bereits gesagt, positive Beweise hierfür fehlen vollständig. Seit 1502 ist jedoch eine kleine Druckerei von Martin Treter in Frankfurt a. d. O. nachweisbar.

Wenn auch sehr viel dafür spricht, daß die bisher erwähnten Wiegendrucke Berliner Erzeugnisse waren, so kann man erfreulicherweise sagen, daß der 1540 von Wittenberg nach Berlin zugewanderte Hans Weiß als Berliner Buchdrucker nachweisbar ist. In Wittenberg druckte er von 1525 bis 1539 mehrere Bücher. Interessant ist festzustellen, daß auch zu damaliger Zeit bereits ein gewisses Urheberrecht bestand, und zwar mag hierfür das durch den Kurfürsten Joachim II. im Jahre 1540 erteilte Privileg sprechen:

„Nachdem Hans Weiß, jetziger Zeit Unser Buchdrucker, auf unser gnädiges Erfordehen und Begehren, mit seiner Druckerei sich anher begeben, und mit besonderem Aufmerken des Drucks bestiehet usw.“

Dieses Privileg schützte Weiß so, daß der Nachdrucker 50 Gulden zu zahlen hatte, und zwar „halb den Gerichtshaltern jedes Ortes, da die vbertreter befunden, und die andere Hälfte obengenannten unseren Buchdrucker unmaßlich zu bezalen“.

Hans Weiß druckte zunächst die 560 Quartseiten starke „Kirchen-Ordnung“, und zwar zwei Ausgaben, 1540 und 1542, ferner die „Historia des Leidens und Sterbens unseres Herrn Jesu Christi“. Ingesamt druckte er bis 1544 etwa 13 Werke. Weiteres ist von ihm nicht bekannt.

Als der Wunderdoktor und Goldfischer Leonhard Thurneisser nach Berlin an den brandenburgischen Hof kam, muß entweder die Druckerei von Weiß bereits eingegangen oder zu klein gewesen sein, denn Thurneisser ließ seine Werke bei Eichhorn in Frankfurt a. d. O. drucken. Diese Druckerei beschäftigte 18 Gesellen und hatte vier Pressen zur Verfügung. Im Jahre 1572 richtete Thurneisser in Berlin im Grauen Kloster selbst eine Druckerei ein. Erwähnenswert ist aus dieser Zeit jedoch nur die Drucklegung der Thurneisserischen Kalender in Schwarz- und Rotdruck, mit denen halb Deutschland überschwemmt wurde. Diese Kalender sind noch sämtlich in der früheren Kgl. Staatsbibliothek vorhanden. Die Druckerei ging bald in die Hände von Michael Hengle und von diesem auf Nicolaus Voltz und den Rektor Wilhelm Hildenius über. Thurneisser verließ 1584 Berlin, wurde katholisch und ging nach Rom. Er starb 1595, 65 Jahre alt, in einem Kloster bei Köln. Ferner ist noch erwähnenswert, daß sich in Thamm in der Neumark Christoffel Xunge 1570 als Buchdrucker niedergelassen hat. Das bedeutendste Werk, das aus dieser Druckerei hervorging, war „Das Buch der versiegelten Rede des Propheten Danielis“ aus dem Jahre 1572. Xunge siedelte 1599 nach Berlin über, und Georg Xunge erhielt 1621 das Privileg als einziger Drucker für Berlin und Cöln.

Mit Rücksicht auf die große Entwicklung, die Berlin auch als Zeitungsdruckstadt genommen hat — es erschienen zurzeit am Orte etwa 110 Tageszeitungen, davon 45 in den Vororten —, dürfte es nicht unerwünscht sein, auch etwas über die geschichtliche Entwicklung der Zeitung zu hören. Bekanntlich waren die Vorläufer der „gedruckten“ Zeitungen die „handschriftlichen“, deren erste bedeutendste in Nürnberg erschien. Exemplare hiervon von 1587 bis 1591 befinden sich in der Universitätsbibliothek in Leipzig. Diese handschriftlichen Mitteilungen waren teuer und deshalb wenig verbreitet. Damit sie jedoch auch von Minderbemittelten erworben werden konnten, wurden Halbjahresbände zusammengestellt. Die erste gedruckte Zeitung brachte der Buchhändler Johann Carolus im Jahre 1609 in Straßburg heraus. In dieser Zeitung stand auch die aufsehenerregende Mitteilung über die Erfindung des Fernrohrs durch den bekannten Physiker Galilei

* Weiteres f. Sammlungen der früheren Kgl. Bibliothek Alster, Historia artis typographicae in Mark, aus den ersten Zeiten des Berliner Buchdrucks (Wehring & Co., Berlin).

aus Rom. Die erste Berliner Zeitung erschien 1617 unter dem Titel: „Zeitung aus Deutschland, Welschland, Frankreich, Böhmen, Sungen, Niederlande und anderen Orten“ Wöchentlich zusammengetragen. Den Druck besorgte wahrscheinlich Georg Kunge. Johann Kallen war Verleger und Christoph Feischmann der Redakteur, der aber bereits 1618 starb. Die zweite Berliner Zeitung erschien 1626 unter dem Titel: „Ordinari Nvissen“ und war nur ein in Schreibschrift einseitig bedrucktes Blatt. Im Jahre 1655 erhielt Christoph Kunge das Privileg für die dritte Zeitung, worüber Sekretär Fißcher und von 1659 an Graf Dohna als Zensor wachte. Bereits am 5. März 1662 wurde diese Zeitung aber konfiszieren und zugleich wurde Kunge der Druck sämtlicher Zeitungen unterzogen. Das Geburtsjahr der Zeitungskonfiskation ist demnach das Jahr 1662.

Aus der weiteren Entwicklung sei nur noch erwähnt, daß von 1696 bis 1697 die erste Zeitung in französischer Sprache erschien. Herausgeber war V. Chausin. Ferner sei noch der „Vossischen Zeitung“ gedacht, die am 23. Februar 1722 unter dem Titel: „Berliner Privilegierte Zeitung“ erschien.

Um den historischen Ring zu schließen, sei auch noch des ältesten Berliner Adressbuches gedacht. Auch hier führen die Spuren bis 1704 zurück. Das erste Berliner Adressbuch erschien 1704 unter dem Titel: „Adresskalendar für die Kgl. Haupt- und Residenzstädte Berlin und Potsdam sowie Charlottenburg“ und war nur einen halben Zentimeter stark. Der erste Jahrgang erschien mit Approbation der Kgl. Societät der Wissenschaften, die gleichzeitig Verleger war. Die ersten Redakteure waren Gottfried Kirch und Johann Heinrich Hoffmann. Im Vorbericht des 1. Jahrganges wird gesagt: „Denen, den die weltberühmte Kgl. Hauptstadt Berlin bekannt, wissen, wie weit dieselbe umfangen, wie weitläufig der Kgl. Hof, wie mancherlei die daselbst befindliche Collegia Expeditiones und Instanzen usw. In solchen Betracht hoffet man, es werde durch gegenwärtige, soviel mögliche Kurze und nach der wenigen Zeit, so dieses Manth dazu übrig gewesen, rechtliche Anweisung dem Publico ein nicht unangenehmer Dienst geschehen, zu dessen rechter Beförderung noch nachrichtlich hier angeführt wird usw.“

Vergleicht man mit diesem Fleinen Bändchen das heutige Berliner Adressbuch, das aus drei starken Bänden besteht, dann kann man erst ermessen, in welcher eminenten Weise sich das Werk Gutenbergs entwickelt und die Stadt Berlin in 200 Jahren sich entfaltet hat.

Berlin hat Leipzig mit der Zeit als Druckstadt weit überflügelt. Einige Zahlen mögen dies veranschaulichen. Nach der berufsgenossenschaftlichen Statistik aus dem Jahre 1924, die vor einiger Zeit erschienen ist, waren von den 8039 Buch- und Zeitungsdruckereien in Berlin allein 926 Betriebe und von den 166068 Arbeitern ebenfalls 30200, also mehr als ein Fünftel der deutschen Betriebe und mehr als ein Fünftel der Arbeiter, in Berlin beschäftigt. Leipzig hat dagegen nur 753 Betriebe und beschäftigt nur 24106 Arbeiter. Die Bücherproduktion Berlins betrug nach einer Statistik von Dr. S. Schulze im Jahre 1922 genau 4483 und von Leipzig 3990 Bücher. Insgesamt sind in den letzten Jahren in Deutschland jährlich etwa 35000 Bücher erschienen. Die Buchherstellung hat sich seit 1922 weiter zugunsten Berlins verschoben. Außerdem muß man berücksichtigen, daß in Berlin in erster Linie das Zeitungs- und Zeitschriftenwesen dominiert. Außer den bereits genannten 110 Tageszeitungen erscheinen noch etwa 300 Zeitschriften, die an das Postzeitungsamt aufgeliefert werden, die nur für Berlin bestimmten Fleinen Zeitschriften gar nicht mitgerechnet. Interessant ist zu wissen, daß im Jahre 1923 in Deutschland an jedem Tage eine neue Zeitschrift erschien. Drucker, Verleger und Buchhändler haben demnach ein gewaltiges Aufgabengebiet. Um zu zeigen, wieviel dazu gehört, den Ansprüchen des Publikums zu genügen, sei erwähnt, daß eine der größten Berliner Buchhandlungen (J. M. Spaeth) ein Lager von über 120000 Bänden hat.

Im Berliner Zeitungs- und Zeitschriftenwesen sind die Firmen Ullstein, Mofse und Scherl die ältesten und markantesten Vertreter, und es wird wohl kaum einen Berufsangehörigen geben, dem die Erzeugnisse dieser Firmen nicht bekannt wären und in ihm nicht das Gefühl des Großzügigen auslösen würden. Es sei deshalb die Entwicklungsgeschichte kurz angedeutet. An der Spitze marschiert unbestritten das Haus Ullstein. Es hat aber lange Jahrzehnte mit der „Berliner Zeitung“ still und bescheiden unter ihrem Gründer dahingelebt, und erst durch die neue Zeitung „Morgenpost“ (der Berliner nennt sie auch ironisch „Mottenpost“) ging es um 1900 wirklich voran. Die „Berliner Zeitung“ verlor aber durch diese Neugründung an Interesse und wurde deshalb in die Mittagszeitung „B. S. am Mittag“ umgewandelt. Seit mehr als einem Jahrzehnt befindet sich auch die „Vossische Zeitung“ (vormals „Königliche Privilegierte Berliner Zeitung“) im Besitz dieser Firma. Die „Berliner Illustrierte Zeitung“, die „Praktische Berliner“, das Magazin „Uhu“, die Ullstein-Bücher haben Auflagen bis über eine Million und sind in ganz Deutschland bekannt, so daß Weiteres darüber zu sagen nicht notwendig ist. Die Firma hat eine glückliche Hand und organisatorisches Geschick bewiesen und sich bewußt an die Spitze aller graphischen Betriebe gestellt. Es werden dort rund 6000 Angestellte und Arbeiter beschäftigt, von denen etwa ein Drittel auf die Druckerei entfallen. Je 100 Hand- und Maschinensetzer mit etwa 66 Segmaschinen stellen den täglichen Zeitungssatz her. Zum Druck der täglich fast eine Million betragenden Auflage stehen eine 96seitige, fünfzehn 64seitige, fünf 32seitige und sechs 16seitige Notationmaschinen zur Verfügung. Der Gebäudeflexkomplex umspannt fast 11000 Quadratmeter. Erwähnt sei ferner noch die Büchermaschine, auf der die Ullstein-Bücher gedruckt werden. Diese Maschine liefert nach jeder Umdrehung ein Buch in einem Schlußumfang von 384 Seiten fertig zusammengetragen.

Als zweitgrößter Verlag ist der Scherl-Verlag anzusprechen, den man gerechterweise auch als den eigentlichen Bahnbrecher der „industriellen“ Entwicklung bezeichnen muß. Sein erster und größter Erfolg war die Her-

ausgabe des damals politisch ganz parteilosen „Berliner Lokal-Anzeigers“, der zwar jeder politischen Auseinandersetzung aus dem Wege ging, dafür aber um so intensiver Klatsch, öffentliche Meinung und Briefkasten pflegte, was ihm aber einen großen Leserkreis einbrachte. Mit der Zeit wurde jedoch die Reportage der Hauptbestandteil, und dadurch, daß sich Scherl die Berichterstattung auch etwas Kosten ließ, gelang es ihm oft, die großen Blätter zu schlagen und mit der Zeit auch in die besseren Kreise, hauptsächlich der Beamten, einzudringen. Hierin lag aber auch gleichzeitig der Keim zum Rückgang, denn durch die Erfüllung der Wünsche dieser Leser verlor er das feste Fundament der breiten Masse immer mehr und mehr. Heute ist der „Lokal-Anzeiger“ das Gegenteil von früher: er ist politisch streng recht orientiert und gilt in bezug auf die sozialen Belange der berufstätigen Bevölkerung als das reaktionärste Blatt Berlins. Auch die „Woche“ hatte anfänglich einen ungeheuren Erfolg. Sie war auf demselben Prinzip schneller Berichterstattung unter Zuhilfenahme der Illustration gegründet und hat ganz unzweifelhaft der Zeitschriften-Illustration neue Wege gewiesen, aber auch sehr rasch zahlreiche Nachahmer gefunden. Die Übernahme des Berliner Adressbuches war ebenfalls eine glückliche geschäftliche Tat. Im übrigen hat aber der Verlag mit seinen sonstigen Unternehmungen keinen durchschlagenden und dauernden Erfolg an sich fetten können.

Mehr vom Glück begünstigt war der Verlag von Mofse. Die Anzeigen-Expeditionen arbeiteten sehr vortrefflich und haben auch Mofse in den Stand gesetzt, aus der starken antisemitischen Bewegung, die vor etwa 10 Jahren in Berlin einsetzte, ohne sonderliche Schädigung hervorzugehen. Das „Berliner Tageblatt“ hat zwar damals darunter und auch unter der Konkurrenz des „Lokal-Anzeigers“ gelitten, aber sich bereits längst wieder erholt. Große Scheldispositionen blieben dem Verlag erspart. Ein wichtiges Verlagsobjekt ist das Reichsadressbuch.

Von den Qualitätsdruckereien sind erwähnenswert: die Reichsdruckerei mit ihrem etwa 4000 Mann starken Personal, die in erster Linie die edleren Reproduktionstechniken und den Wertdruck pflegt und sich durch die Herausgabe der „Reichsdrucke“ einer besonderen Werthschätzung erfreut; Elmer durch prachtvolle Rezidenzen und Kataloge; Gebr. Seyl, Dr. Selle und Otto v. Holten u. a., die auf dem merkantilen Gebiete Hervorragendes leisten.

Blättern man in der Berliner Buchdruckgeschichte etwa 60 Jahre zurück, dann findet man, daß in Berlin im Jahre 1868 nur 108 Betriebe vorhanden waren, denen 926 Betriebe mit 30200 Personen im Jahre 1924 gegenüberstehen. Durch das Inkrafttreten der Gewerbeordnung 1869, durch welche die vormerklich erforderliche Staatsprüfung für die selbständige Ausübung des Buchdruckgewerbes beseitigt wurde, nahmen die Neugründungen von Buchdruckereien zu. Der nach den Gründerjahren einsetzende Rückschlag übte auch auf die Druckfachenpreise einen ungünstigen Einfluß aus, und der Umstand, daß 1873 Berlin einen auf 33 1/2 Prozent erhöhten Lokalschlag bekam, veranlaßte hauptsächlich die Verlagsbuchhändler, größere Aufträge an Provinzdruckereien zu geben. Daraus erklärt sich auch, daß nur verschwindend wenige Berliner Druckereien den Werktag als Spezialität pflegen.

Aus dem örtlichen Organisationsleben verdient wiederholt zu werden, daß die Berliner Gehilfenschaft sich bereits im Jahre 1862 unter dem Namen: „Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer“ zusammenschloß. Es war aber nur ein kleines Häufchen (53 Gehilfen), dem jetzt die stattliche Zahl von rund 13700 Mitgliedern gegenübersteht. Bei den Prinzipalen ist der Zusammenschluß erst 1869 und nur in lockerer Form erfolgt. Erst die Errichtung der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft 1887 führte einen engeren Zusammenschluß herbei und führte zur Schaffung einer Buchdrucker-Innung. Auch hier trat wieder eine Spaltung ein, und es blieb neben der Innung auch der Verein der Berliner Buchdruckerelbesitzer bestehen. Der Lohnkampf von 1891 führte die Prinzipale jedoch wieder zusammen, und unter der Führung Büpstein's wurde der Bund der Berliner Buchdruckerelbesitzer als freie Innung begründet, die 1899 vorübergehend durch eine Zwangsinnung abgelöst wurde und dann abermals zur freien Innung führte. Die erste Berliner Gewerbeausstellung 1879 brachte fleißigen Auftrieb und führte auch zur Gründung der Berliner Typographischen Gesellschaft, und damit war nun der Grundstein für die organisierte Bildungsbefreiung gelegt, die in der folgenden Zeit eine große Bedeutung gewann. Auf Anregung des Buchdruckerelbesitzers Prof. G. Langenscheidt wurde im Jahre 1875 eine Fachschule für Buchdruckerlehrlinge errichtet, die sich jedoch lange Jahre einer beispiellosen Interesslosigkeit seitens einer großen Anzahl der Prinzipale erfreute. Auch heute ist das Fachschulwesen noch sehr reformbedürftig, und es wäre sehr zu begrüßen, wenn hier endlich einmal ein fleißiger Zug hineinkommen würde. Das Urteil, das die amerikanische Studienkommission hierüber abgegeben hat, war für Berlin direkt beschämend. Seit 1911 besteht die Berliner Typographische Vereinigung, die im Verfolg der Kasseler Tagung gegründet wurde, und in der die Verbandsmitglieder einen starken Rückhalt und Förderer ihrer idealen Fortbildungsbefreiungen haben. Die TVB. hat jedoch auf Grund eines Beschlusses des Kreisvertretertages 1924 hin ihren Namen von 1925 an in „Ortsgruppe Berlin des Bildungsverbandes“ abgeändert. Nimmere hat auch der Bildungsverband selbst seine Zelte in der Hauptstadt aufgeschlagen, und es ist zu hoffen, daß er hier ebenso fruchtbringend wirken möge wie in Leipzig. Die Vorbedingungen hierzu sind vorhanden; denn sowohl der Kollegiale Geist der Berliner Kollegen wie auch die neuerstandene, mit idealen Arbeitsräumen ausgestattete Buchdruckerwerkstätte bieten die Gewähr für weitere fortschreitliche Entwicklung zum Nutzen des Verbandes.

Die gewerkschaftliche Entwicklung der Berliner Arbeiterschaft

In keiner andern Großstadt im Deutschen Reiche ist der Boden für die Verbreitung des freigewerkschaftlichen Gedankens so schwierig wie in Berlin. Dieser Schwierigkeiten sich bewusst zu sein ist Vorbedingung, wenn man Entwicklung und Stand der gewerkschaftlichen Organisationen richtig und gerecht beurteilen will.

Diese Schwierigkeiten bestehen einmal in der territorialen Größe Berlins mit seinen 4 Millionen Einwohnern, das mehr wie andernorts auch ein menschliches Näherkommen der Arbeiterschaft außerordentlich erschwert.

Das große Heer der alljährlich Zugewanderten aus dem Hinterlande, dem Osten, taucht in der Millionenstadt unter. An niedrige Arbeitslöhne und schlechte Arbeitsbedingungen gewöhnt, glauben viele der Zugereisten, bei Berliner Lohnverhältnissen geradezu in ein Paradies gekommen zu sein, bis sie erkannt haben, daß die nominale Höhe des Lohnes nicht das Ausschlaggebende ist, und daß den höheren Löhnen wie an ihrem früheren Wohnort noch viel höhere Ausgaben gegenüberstehen. Zunächst aber sind sie, aus Furcht, ihre Arbeitsstelle wieder zu verlieren, wenn sie sich organisieren, für die Organisation nicht oder doch sehr schwer zu gewinnen.

Das Heer der Zugewanderten wird vermehrt durch die Kollegen, die in kleinen und mittleren Städten arbeitslos geworden sind und infolge der geringen Ausbreitung der Industrie keine Möglichkeit des Unterkommens haben, also zur Abreise gezwungen sind, aber in dem großen Berlin diese Möglichkeit zu finden glauben. Daher auch in normalen Zeiten der große Überschuß an Arbeitskräften, der, eine alte, nur zu bekannte Erfahrung, die Werbung für die Organisation auch nicht erleichtert. Dazu kommt, daß an keinem andern Ort die Arbeiterbewegung schädigende Ideen so leicht Boden und Anhänger gewinnen wie in Berlin.

In Berlin hat es auch am längsten gedauert, bis sich die Zentralisation der Gewerkschaften restlos durchgesetzt hatte. Erinnerungen an die damaligen Kämpfe zwischen Lokalfisten und Zentralisten sind nicht die angenehmsten. Splitter lokaler Organisationen haben sich bis heute erhalten.

Der Kampf um die bessere Form der gewerkschaftlichen Organisation, ob lokal oder zentral, spielte sich anfangs der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ab. Dazu kamen die Schikanen der Behörden, die sich die Praktiken des Ausnahmegesetzes gegen die Arbeiterbewegung, das mit ebensolcher Schärfe wie gegen die politischen Parteien auch gegen die Gewerkschaften angewandt wurde, nicht abgewöhnen konnten, und der rücksichtslose Kampf des Unternehmertums, das auch vor dem brutalsten Mittel nicht zurückschreckte, die Organisation der Arbeiterschaft zu verhindern. Wer erinnert sich nicht noch der berühmten Kühnemännerei?

Daß in einer solchen Atmosphäre und bei der damaligen Anschauung der Arbeiter die Gewerkschaften um ihre Existenz und weitere Fortentwicklung schwer zu rüngen hatten, ist daher kein Wunder. Und dennoch, sie haben, allen Widerständen zum Trotz, auch in Berlin immer mehr an Boden gewonnen und sich Anerkennung und Beachtung errungen, was an Hand einiger Zahlen gezeigt werden soll.

Leider ist es nur bis zum Jahre 1894 möglich, die zahlenmäßige Entwicklung der Gewerkschaften in Berlin zu verfolgen. Es zählten Mitglieder die Gewerkschaften im Jahre 1894: 37022 männliche, 1410 weibliche, zusammen 38432; 1895: 46425 männliche, 3010 weibliche, zusammen 49435; 1897: 57125 männliche, 2850 weibliche, zusammen 59975.

Von 1898 bis 1906 ist leider nicht festzustellen, wie sich die Zahl der Organisierten auf die beiden Geschlechter verteilt, so daß wir nur die Gesamtzahl angeben in der Lage sind. Es betrug die Mitgliederzahl im Jahre 1900: 94386, im Jahre 1906: 252069.

In den 13 Jahren von 1894 bis 1906 hatte sich also die Zahl der Mitglieder mehr als verdreifacht. Vom Jahre 1907 an sind die männlichen und weiblichen Mitglieder wieder besonders gezählt worden. Es trat jedoch in den nächsten zwei Jahren ein Rückgang an Mitgliedern ein; denn es waren vorhanden 1907: 218998 männliche, 16982 weibliche, zusammen 235980; 1908: 207476 männliche, 16330 weibliche, zusammen 223806 Mitglieder.

Nach diesem Verlust von 19263 Mitgliedern begann im folgenden Jahre wieder der Aufstieg, der im Jahre 1912 seinen höchsten Stand erreicht hatte; denn es zählten die der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Organisationen Mitglieder im Jahre 1912: 277055 männliche, 29868 weibliche, 4982 jugendliche, zusammen 311923. Die jugendlichen Organisierten wurden im Jahre 1910 zum erstenmal gezählt, und seitdem ist es so geblieben, um auch die Entwicklung unserer Jugendbewegung beurteilen zu können.

Das Jahr 1913, das letzte vor dem Kriege, brachte uns wieder einen Rückschlag, der jedoch unbedeutend war. Viel schlimmer aber wirkte der Krieg auf den Stand der Mitglieder in den Gewerkschaften; ihre Zahl sank bis zum Jahre 1916 bis auf 103856 männliche, 32866 weibliche, 1973 jugendliche, zusammen 138665.

Schon im Jahre 1917 begann wiederum der Aufstieg, so daß im letzten Kriegsjahre bereits wieder folgende Zahlen erreicht waren: 1918: 264799 männliche, 105715 weibliche, 2333 jugendliche, zusammen 349156.

Wie allorts, erhielten auch die Berliner Gewerkschaften nach der Revolution einen ungeheuren Zustrom an Mitgliedern, deren Zahl im Jahre 1920 den höchsten Stand erreicht hatte. Es wurden Mitglieder gezählt im Jahre 1920: 478884 männliche, 202547 weibliche, 20264 jugendliche, zusammen 701695.

Dieser gewaltige Zuwachs war kein gesunder; er rekrutierte sich aus der großen Masse der mit ihrer Lage Unzufriedenen, die, weil ohne jede gewerkschaftliche Erfahrung, auf die Organisationen Hoffnungen setzten, die diese beim besten Willen nicht erfüllen konnten. Und nicht wenige folgten einem gewissen Triebe, denn es war eine gewisse Modefache, auch gewerkschaftlich organisiert zu sein. Bei einem Zustrom von so unsicheren Kandidaten braucht man sich darum auch nicht zu wundern, daß diese, als sie nicht gleich ernten, die Gewerkschaften ihre Blühträume nicht erfüllen konnten, wiederum die Flucht ergriffen. Und so sank die Mitgliederzahl von jener stolzen Höhe bis zum Jahre 1924 wiederum auf folgenden Stand: 1924: 217237 männliche, 44507 weibliche, 8733 jugendliche, zusammen 270477.

Mit diesen Zahlen war wohl der tiefste Stand erreicht, denn schon im nächsten Jahre setzte wiederum der Aufstieg ein, wie aus folgenden Zahlen ersichtlich ist: 1925: 238262 männliche, 45459 weibliche, 10483 jugendliche, zusammen 294204.

Ist der Gewinn im Jahre 1925 gegenüber dem Vorjahre auch nur um 24000 Mitglieder, so berechtigt er doch zu der Hoffnung, daß es wieder vorwärts geht, trotz wirtschaftlicher Depression und Arbeitslosigkeit. Neben der zahlenmäßigen Entwicklung des Mitgliederstandes dürften auch noch einige andre Zahlen von Interesse sein. Im Jahre 1894 waren 85 Organisationen der Gewerkschaftskommission angeschlossen. Im Jahre 1895 waren es sogar deren 90 und 1900 nur noch 69. Bis zum Jahre 1904 stieg die Zahl wiederum auf 83. Welchen Fortschritt die Konzentration der Gewerkschaften und ihr immer weiterer Zusammenschluß in großen, leistungsfähigen Organisationen seit Beginn des Jahrhunderts gemacht hat, beweist wohl zur Genüge der Umstand, daß heute nur noch 37 Organisationen dem Ortsausschuß des A.D.G.B. angeschlossen sind. Weitere Zusammenschlüsse dürften in Kürze folgen.

Wenn die Berliner Gewerkschaften ihren Friedensstand noch nicht wieder erreicht haben, so ist das nicht allein auf die Sabotageflüchtigen nach der Revolution und auf die wirtschaftliche Depression zurückzuführen, sondern zu einem nicht geringen Teile auf die politische Zerrissenheit der Arbeiterschaft, die sich wohl nirgends schlimmer ausgewirkt hat wie in Berlin. Trotzdem kann heute auch von der Berliner Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen gesagt werden, daß wieder eine erfreuliche grundsätzliche Klärung innerhalb ihrer Reihen eingetreten ist. Die Erkenntnis der realen wirtschafts- und sozialpolitischen Grenzen der eigenen Kraft wie jener der Arbeiterfeinde ist innerhalb der Arbeiterschaft wieder größter geworden und ermöglicht uns zu sagen: Die Berliner Gewerkschaften sind in ihrem Kern gesund und berechtigen zu der frohen Zuversicht, daß es mit ihnen, trotz der trübten Vergangenheit und ihres Rückschlages, wieder vorwärts und aufwärts gehen wird!

G. Sabath.



GEWERKSCHAFTSHAUS IN BERLIN



HAUS DES A.D.G.B. IN BERLIN

Der Volksentscheid am 20. Juni

folll auf Grund des Artikels 153 der Reichsverfassung darüber Klarheit schaffen, ob das deutsche Volk die maßlosen Ansprüche seiner früheren Beherrscher auf Schlösser, Paläste, Wälder und Felder sowie auf Renten im Gesamtwerte von nahezu **drei Milliarden Mark** erfüllen will oder nicht. Das durch das Volksbegehren vom 4. bis 17. März d. J. nunmehr dem Volksentscheid unterworfenen Gesetz auf Enteignung der Fürsten bestimmt, daß das zum Wohle der Allgemeinheit zur Enteignung kommende Fürstenvermögen verwendet werden soll zugunsten der Erwerbslosen, der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, der Sozial- und Kleinrentner, der bedürftigen Opfer der Inflation, der Landarbeiter, Kleinpächter und Kleinbauern durch Schaffung von Siedlungsland auf enteignetem Landbesitz. Die Schlösser, Wohnhäuser und sonstigen Gebäude sollen für allgemeine Wohlfahrts-, Kultur- und Erziehungszwecke, insbesondere zur Errichtung von Genesungs- und Versorgungsheimen für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner sowie von Kinderheimen und Erziehungsanstalten verwendet werden.

Daß die Gegner des Volksentscheides auch die von jeher als Feinde der Arbeiterschaft bekannten Kreise und Schichten sind, läßt erkennen, daß es sich hier um eine Entscheidung handelt, von deren Ausfall das zukünftige soziale und wirtschaftliche Schicksal des deutschen Volkes in stärkstem Maße abhängig sein wird. Darum ist es Pflicht eines jeden deutschen Arbeiters und seiner stimmberechtigten Familienangehörigen, am 20. Juni an die Wahlurne zu gehen und mit einem deutlichen Kreuz in den „Ja“-Kreis dafür einzutreten, daß die von den ehemaligen deutschen Fürsten geplante weitere Ausplünderung des deutschen Volkes vereitelt wird! **Auf zum Volksentscheid!**

In letzter Stunde!

Das offizielle Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die „Gewerkschaftszeitung“, veröffentlichte in Nr. 24 vom 12. Juni noch folgenden allgemein beachtenswerten Aufruf zum Volksentscheid:

Im Kampfe um den Volksentscheid geht es um die Befreiung des Volkes vom Joch der Fürsten, um die Beseitigung der Adelsprivilegien der monarchistischen Herrschaft sowie um das Ansehen von Volk und Staat.

Großes steht also am 20. Juni für das schaffende Volk auf dem Spiele. Das Recht der Demokratie, das Recht des Volkes gilt es zu verteidigen gegen die Herrschafts- und Diktaturgehalte der Buttschinken und Königsmacher. Dieser Kampf zwischen dem Volk und seinen Unterdrückten, der in Deutschland im Jahre 1918 begann, muß am 20. Juni 1926 zu einem gewissen Abschluß gebracht werden. Das leidende und arbeitende Volk wird sich in geschlossener Front einmütig gegen die Beutekunst seiner früheren Fürsten erheben und den Schlüssel seiner Zukunft hinter eine Entwicklung, an deren Anfang die absolute Herrschaft der Fürsten und des Adels stand.

Die sogenannten Standesherrn sitzen sich jetzt genau so wie ihre würdigen Vorfahren vor mehr als 100 Jahren auf das aus tausend Wunden blutende Vaterland, und die monarchistischen Parteigänger derbündelt sie, wie damals mit dem sogenannten Erbfeind, um unter Berufung auf den Erbvertragsvertrag von Versailles dem darbenenden deutschen Volk weitere Milliardenwerte zu entziehen. Die Arbeiterklasse in Stadt und Land kann und darf es nicht zulassen, daß der Raubzug der Entthronten am deutschen Volksvermögen aus Mangel an genügender Stimmenzahl später durch noch bestehende, aus der Fürstenzeit stammende Gesetze legalisiert wird. Nicht von Monarchisten besetzte „Fürstentkammern“ sollen über angemessene Vermögensrechte der Fürsten entscheiden, sondern des Volkes Wille sei das höchste Gesetz.

Der erhebende Erfolg beim Volksbegehren im März gibt uns den Mut und die Hoffnung, daß es der vereintem Arbeit der Millionen Gewerkschaftler und aller wirklichen Republikaner bis zum 20. Juni gelingen wird, den entscheidenden Sieg auch im Volksentscheid zu erringen. An Kühnheit und entschlossener Tatkraft dürfen die Vertreter der demokratischen Republik es jedoch nicht fehlen lassen. Zu den zwölfhundert Millionen Stimmen beim Volksbegehren müssen 7½ Millionen Stimmen für den Volksentscheid hinzugewonnen werden. Zwanzig Millionen Stimmen allein garantieren den Sieg!

Schon rüsteten alle Reaktionäre zum Generalangriff auf die verhasste Republik, der in einen Kampf gegen die deutsche Arbeiterbewegung ausmündet. Auch die Reaktionäre verkennen nicht, daß eine Entscheidung bevorsteht. Sie glaubten daher sich für den Endkampf einen sicheren Trumpf in Gestalt eines Briefes des Reichspräsidenten verschaffen zu müssen, den Herr von Loebell sich schreiben ließ, und ihn im letzten Augenblick zugunsten der Fürsten und ihres Anhangs in die Waagschale zu werfen. Loebell provozierte diesen Brief, indem er in einem Schreiben an Hindenburg den Präsidenten aufforderte, zu dem Volksbegehren in öffentlicher Rundgebung Stellung zu nehmen. Der Reichspräsident lehnte in einem Antwortschreiben diese öffentliche Rundgebung in sehr korrekter Form „aus staatsrechtlichen, sich aus der verfassungsmäßigen Stellung des Präsidenten des Deutschen Reiches ergebenden Gründen“ ab, folgte aber Mittellungen über seine persönliche Auffassung hinzu, die bei einem alten General des verfallenen Regimes nicht überzähen können, die aber, wie aus der Fassung des ganzen Briefes folgt, nicht für eine öffentliche Verwendung bestimmt waren.

Loebell aber benutzte diesen Teil des Briefes als Ersatz für die vom Reichspräsidenten selbst abgelehnte öffentliche Befundung seiner Auffassung, ging damit in die Presse, um im letzten Augenblick zahlreiche Verehrer des Generals, die darum noch keineswegs Verehrer des Wäldungs-

begehrens der Fürsten sind, mit dieser Äußerung des Präsidenten irre zu machen.

Könnte die Haltung des Reichspräsidenten bis zu diesem Punkt des Verlaufs der Episode noch als korrekt angesehen werden, so gilt dieses Urteil nicht mehr, nachdem Hindenburg verflüchtigt ist, daß er zu seinem Briefe stehe und auch die Veröffentlichung „nicht zu beanstanden habe“. Damit hat sich der Reichspräsident in Widerspruch gesetzt zu dem ersten Teil seines Briefes, in dem er eine öffentliche Rundgebung für oder wider die Fürstenabfindung ablehnte, denn einen Unterschied zwischen einer öffentlichen Rundgebung des Präsidenten selbst und einem Privatbrief des Reichspräsidenten, der von einer Partei des politischen Kampfes als öffentliche Rundgebung benutzt werden darf, gibt es nicht. Damit hat der Reichspräsident in der Tat eingegriffen in die Kämpfe der Parteien, und es ist nicht die Schuld der für die Enteignung der Fürsten eintretenden Organisationen, wenn seine Person dem Brennpunkt dieser Kämpfe näher gerückt ist, als es die Person des Staatsoberhauptes nach ihrer verfassungsmäßigen Stellung sein sollte.

Aber auch die persönliche Meinung des Präsidenten zur Frage der Fürstenabfindung stimmt selbstverständlich absolut nicht überein mit unserer Auffassung. Vor allem widersprechen wir entschieden der von ihm geäußerten Meinung, die Enteignung der Fürsten verstoße „gegen die Grundsätze der Moral und des Rechts“ und „gegen das Gefüge des Rechtsstaats, dessen tiefstes Fundament die Achtung vor dem Gesetz und dem gesetzlich anerkannten Eigentum ist“. Denn abgesehen davon, daß wir diese Art von Achtung vor dem Eigentum nicht teilen, wobei wir uns sogar auf die Reichsverfassung berufen können — abgesehen davon handelt es sich im vorliegenden Falle eben nicht um „anerkanntes Eigentum“, sondern um die Vorräte, was den Fürsten als Eigentum zugesprochen werden soll. Zwanzig Millionen Männer und Frauen sollen am 20. Juni selbst das Gesetz schmieden, das diese Frage im Sinne der Enteignung beantwortet.

Der organisierten Arbeiterklasse erwächst in diesem heißen Ringen die Pflicht, für die Zukunft gegen die Vergangenheit, für das Gemeinwohl gegen die Habgucht die letzte Kraft einzusetzen und die allerletzte Stimme aus der entlegenen Stille einzulassen. In letzter Stunde:

Rettet deutsches Volksgut vor dem Zugriff der Dynastien!

Das Buchgewerbe im Ausland

Österreich. Vor kurzem hielt der dem sogenannten „Graphischen Kartell“ angeschlossene Geneselfverband in Wien seine Hauptversammlung ab. Für das Buchgewerbe beansprucht diese Tagung insofern ein großes Interesse, als auf ihm die bedeutsame Frage der Organisationsform, „Industrieverband oder Berufsorganisation?“ und die Offizfrage zur Verhandlung standen. Dem Graphischen Kartell gehören außer dem Geneselfverband noch die Buchdrucker- und Zeitungsarbeiter und die Buchbinder an. Nun sehen aber die Beschäftigten der letzten Gewerkschaftskongresse die Schaffung großer und einheitlicher Industrieverbände vor. Obwohl die Lithographen einsehen, daß schon in Anbetracht dessen, daß sich die Unternehmer des gesamten graphischen Gewerbes zu einer mächtigen Organisation zusammengeschlossen haben, eine engere Verbindung innerhalb des Graphischen Kartells notwendig ist, so sprach sich ihr Vorstandstag dennoch nicht für eine umgehende Schaffung des Industrieverbandes aus; in einer Resolution beauftragte vielmehr ihre Hauptversammlung den neuen Zentralausschuß, an dem weiteren Ausbau des Kartells und an seiner festeren Konsolidierung als den notwendigen Voraussetzungen für die Errichtung eines Industrieverbandes mitzuwirken. Maßgebend für diese Stellungnahme der Geneself zum Industrieverband war vor allem die Befürchtung, daß sie im Industrieverband ihr Eigenleben werden einschränken, wenn nicht gar werden aufgeben müßten. So z. B. haben sich die Lithographen ein

höheres Lohnniveau durchgesetzt; für sie ist der tarifliche Mindestlohn tatsächlich nur ein Mindestlohn, der immer überschritten wird. Und sie bezweifeln, ob diese Erzeugnisse innerhalb des Industrieverbandes gewahrt werden könnten. Weiter bestehen zwischen den Buchdruckern und Lithographen aussehendergehende Anschauungen über die Verwendung der Mitgliedsbeiträge. Während die Buchdrucker unausgesetzt befreit sind, ihr Unterhaltungsweisen auszubauen, und in diesem Zuge auf ihrem letzten Verbandstag eine außerordentliche Erhöhung der Inaktivenunterstützung vorzunehmen, stehen die Geneselfer auf dem Standpunkt, daß die Hälfte der Mitgliedsbeiträge für den Widerstandsfonds verwendet werden müsse. Die Verhandlungen über „Industrieverband oder Kartell?“ nahmen einen ganzen Tag in Anspruch. Auch die Beratungen über die bestehenden Differenzen zwischen Buchdruckern und Lithographen bezüglich der Bedienung der Offsetmaschine führten zu keiner Einigung. Press (Belgien), der internationale Sekretär der Lithographen, erklärte, daß die Buchdrucker auf das Gebiet der Lithographen treten. Die Befürchtung der Buchdrucker, sie könnten durch die Einführung der Offsetmaschine benachteiligt werden, sei unbegründet; denn von den etwa 2000 in Europa im Betriebe befindlichen Offsetmaschinen werden nur auf einigen Duzend Buchdruckerarbeiten hergestellt. Press empfahl eine internationale Lösung dieses Problems. Schließlich wurde in der Offizfrage eine Resolution angenommen, in der festgestellt wird, daß nach gründlicher Beratung über die zwischen den Buchdruckern und Geneselfern bestehenden Differenzen wegen der Bedienung der Offsetmaschine die Hauptversammlung hinter den Beschluß des internationalen Lithographenkongresses steht; sie weist alle Bestrebungen, die seitens der Buchdruckerkollegen unternommen werden sollten, auf die Art und Weise wie die Schweizer Buchdrucker (Vorfälle in Raupen) das Recht auf die Bedienung der Offsetmaschine zu erzwingen, mit aller Entschiedenheit zurück und weist die Lösung der Bedienung der Offsetmaschine dem neugewählten Zentralausschuß zu. Beiträge und Unterhaltungen wurden auf das Doppelte erhöht und zum Verbandsobmann Wühberger einstimmig wiedergewählt. Der Stand der Arbeitslosen im graphischen Gewerbe Österreichs betrug Mitte Mai 1926.

Ungarn. Die Tarifrivision liegt hinter uns, aber nicht ohne ein Schauspiel gehabt zu haben. Es wurde darüber schon berichtet, daß die Buchdruckerbesitzer hierorts über zwei offizielle Prehsorgane verfügen; das eine (für das Land) wird vom Prinzipalverein herausgegeben, das andre (für Budapest) hat die Gewerkeorganisation, die seit Einführung des Befähigungsnachweises das ungarische Buchgewerbe beglückt, zur Herausgeberin. In dem Organ der letzteren, „Sokszorosito“ Spar“ (Vervielfältigungsgewerbe), hat nun ein Prinzipal in einem Artikel die Beschuldigung erhoben, daß das zur Reibgliebung des reduzierten Tarifs entsendete paritätische Komitee eine Fälschung zugunsten der Geschlossenheit begangen habe. Darob große Bestürzung im Lager der Großprinzipalität — in der Gewerkeorganisation sind die Kleinen groß — über diese Untrennung, die auch zu einer erregten Aussprache in einer gemeinsamen Sitzung der Tarifkontraheenten führte. Das Wort, es wird nichts so hell gesehen wie getost, bewahrheitete sich auch in diesem Falle. Es wurde wieder Frieden, aber ob dieser ein dauernder sein wird, das ist, solange zwei Organe zur Wahrung von Prinzipalinteressen sich zerfeilsen, eine andre Frage. — Näher geht der Geschlossenheit ein andre Streit an, den die Druckerparte herausgeschworen hat. Bei der Wahl des Budapest Lokalkomitees der freien Organisation ernannte es sich, daß bloß ein Drucker in dieses Komitee gewählt wurde, während bisher ihrer zwei Sitz und Stimme dort hatten. In dieses Komitee entsenden außerdem die verschiedenen Zweigorganisationen (Sparten) je einen Vertreter. Infolge dessen sieht man den Wald vor Bäumen nicht, d. h. alle Kategorien sieht man in dieser Organisationsleitung besser vertreten, aber den Stamm; die Handfeger, die doch das größte Kontingent stellen und

